

MENSCHLICHKEIT ALS WAFFE

TERRORISMUS, GESELLSCHAFT UND EIN BESSERER WIDERSTAND

Im Diskurs über Terrorismus scheint es oft, als handele es sich um einen Kampf gegen etwas Abstraktes, Unverständliches. Dieser Sichtweise muss ein rationales Verständnis von Terrorismus entgegengesetzt werden. Terrorismus stellt vor allem eine politische Strategie dar. Auch die Reaktion darauf sollte daher vorrangig eine politische sein.

Was ist Terrorismus? Jedenfalls ist er politisch. Terrorismus, der sich gegen einen Staat richtet, bedient sich politischer Mittel, indem er gezielt in der Bevölkerung Angst hervorruft. Damit wird der politische Zweck verfolgt, die Legitimation des Staates zu demontieren.¹ Diese ergibt sich nach Thomas Hobbes aus der Gewährleistung von Schutz für die Bürger*innen, von denen im Gegenzug Gehorsam erwartet werden kann.² Eine geschwächte Legitimität des Staates ermöglicht eine Annäherung an die eigenen politischen Ziele: Es geht darum, bestimmte Entscheidungen oder gar ganze politische Ordnungen zu verändern.³ Auch die Folgen des Terrorismus sind politisch. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland ist das Thema Terrorismus in Relation zu seiner tatsächlichen Bedeutung für den Alltag der Menschen deutlich überrepräsentiert und verursacht enormen gesetzgeberischen Aktionismus: Allein zwischen dem 08.12.2001 und dem 13.01.2017 wurden in Deutschland 65 Gesetze im Bereich Terrorismus erlassen; zwölf weitere Gesetzesentwürfe befanden sich Anfang 2017 noch in der Diskussion⁴ und sind mittlerweile auch in Kraft getreten.

Aus diesem engen Zusammenhang mit dem Politischen kann geschlossen werden, dass der Terrorismus eine politische Strategie ist.⁵ Verkürzt lässt sich sagen: Terrorismus liegt vor, wenn Gewalt gebraucht wird, um Furcht und Schrecken (also Terror) für politische Ziele zu erzeugen.⁶ Die politische Strategie entfaltet ihre Wirkung vor allem in der Kommunikation einer Botschaft; der symbolische Gehalt der Tat ist also bedeutender als die unmittelbare Wirkung der Gewalt gegen Menschen.

Auf dem Weg in den Polizeistaat?

In der Öffentlichkeit scheint eine starke Tendenz vorzuherrschen, die terroristische Strategie per se als irrational und unverständlich zu brandmarken. Es liegt der Schluss nahe, dass dieses Unverständnis von Sicherheitsbehörden und einigen politischen Akteur*innen absichtlich verstärkt oder zumindest instrumentalisiert wird, um die Akzeptanz der stetigen Ausweitungen von staatlichen Kompetenzen zu erhöhen,⁷ die in Teilen sogar zurück in den Polizeistaat des 19. Jahrhunderts führen. Anstelle von Wohlfahrt und öffentlicher Ordnung im Sinne der damaligen preußischen Tradition wird heute ein ebenso konturenloses, aber umfassendes Sicherheitspostulat vertreten. Dies

wird insbesondere dadurch realisiert, dass die herkömmliche Trennung von Prävention und Repression, sowie zwischen Polizei-, Nachrichtendienst-, und Strafrecht zunehmend aufgeweicht wird.

Wohin das führen kann, zeigt bereits das Beispiel Frankreich: Strafrechtliche Sanktionen dürfen auch in Frankreich grundsätzlich nur als Reaktion auf begangenes Unrecht verhängt werden. Dennoch wurde der ehemalige französische Staatsbürger Kamel Daoudi 2005 wegen der Vorbereitung eines Anschlags auf die Botschaft der USA in Paris verurteilt. Er bestreitet bis heute, von derartigen Planungen gewusst zu haben.

Problematisch daran ist, dass die angeblich geplante Tat und die Beteiligung Daoudis vor einem französischen Gericht allein auf der Grundlage einer Aussage des vermeintlichen Drahtziehers Djamel Beghal beurteilt wurde. Dieses „Geständnis“ war das Resultat tagelanger Folter in den Vereinigten Emiraten und wurde umgehend von Beghal widerrufen.⁸ Vor Gericht reichte der Beweis aus, dass sich die vermeintlichen Beteiligten tatsächlich in Afghanistan kennen gelernt hatten. Der verantwortliche Richter, Jean-François Ricard gab später in einem vertraulichen Gespräch mit einem US-Diplomaten sogar offen zu, dass im Verfahren gegen Beghal und seine vermeintlichen Komplizen die Beweise für eine Verurteilung „normalerweise“ nicht ausgereicht hätten, jedoch stünde den Angeklagten in Terrorismus-Prozessen die Unschuldsvermutung praktisch nicht zu.⁹ Daoudi ist seit seiner Entlassung im Jahre 2008 auf unbestimmte Zeit verwaltungsrechtlichen Maßnahmen unterworfen, sodass der Staat über seinen Wohnsitz und auch seine Alltagsroutine bestimmt: Unter an-

¹ Vgl. Veith Selk, *Angstpolitik, Diskurs*, 2011, 10.

² Thomas Hobbes, *Leviathan, or the matter, forme and power of a commonwealth*, 1881, 132.

³ Hans-Jörg Albrecht, *Terrorismus und Strafrecht*, in: Rainer Griesbaum / Karl Schnarr / Rolf Hannich (Hrsg.), *Strafrecht und Justizgewährung*, 2006, 17 ff. (18).

⁴ Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, *Maßnahmen des Bundes zur Terrorismusbekämpfung seit 2001 Gesetzgebung und Evaluation - Anlage 1*, 16.02.2017, 1–31.

⁵ Statt vieler Wolfgang Hetzer, *Rechtsstaat oder Ausnahmezustand?*, 2008, 74.

⁶ Adrian Guelke, *The age of terrorism and the international political system*, 1995, 14.

⁷ Anne Wildfang, *Terrorismus*, 2010, 66; Siehe auch für das Konstrukt „Organisierte Kriminalität“ Anna Luczak, *Organisierte Kriminalität im internationalen Kontext*, 2004, 284.

⁸ Human Rights Watch, *Preempting Justice, Counterterrorism Laws and Procedures in France*, 01.07.2008, 40 ff.

⁹ Vgl. WikiLeaks, *French Judge says C/T Focus is on „Jihadists to Iraq“*. https://wikileaks.org/plusd/cables/05PARIS3118_a.html (Stand: 20.03.2019).

derem muss er sich drei Mal am Tag bei der örtlichen Polizeistation melden.¹⁰

Dies ist nur ein Beispiel von vielen, durch das offenbar wird, dass rechtsstaatliche Garantien im Schatten der Terrorismusangst der Bevölkerung Stück für Stück ausgehebelt werden – zum Nachteil von gegenwärtigen und auch zukünftigen „Staatsfeinden“ – wer auch immer das einmal sein wird.

Verständnis statt Aktionismus als Ausweg

Um diesen Szenario der angeblich unvermeidlichen rechtsstaatlichen Abrüstung etwas entgegenzusetzen zu können, muss man verstehen, dass Terrorismus aber gerade nicht unerklärlich ist: Auch wenn es irrational erscheint, unverhältnismäßige Gewalt zu verwenden oder anzudrohen, um (auch abwegige) politische Anliegen voranzubringen, ist die Logik hinter terroristischen Handlungen im Allgemeinen sogar durchaus schlüssig.¹¹

Um terroristische Handlungen langfristig verhindern zu können, ist es wichtig und auch legitim, die jeweiligen politischen Ursachen der unterschiedlichen Handlungen kritisch zu hinterfragen und nachzuvollziehen, ohne dabei terroristische Handlungen als solche zu rechtfertigen oder zu entschuldigen.¹² Denn Gegenmaßnahmen gegen Gewalt können diese nur dann effektiv verhindern, wenn das entsprechende Phänomen auch verstanden wurde. Das Verstehen von Terrorismus ist insbesondere relevant, weil die terroristische Strategie auf Dauer selbst aus der Perspektive der Terrorist*innen nicht erfolgversprechend ist. Immerhin stumpft die öffentliche Wahrnehmung selbst gegenüber roher Gewalt mit der Zeit mehr und mehr ab – und damit verringert sich auch die Wirksamkeit der terroristischen Strategie, über diese Angst politischen Einfluss auszuüben.

Terrorismus soll daher im Wesentlichen auf zwei verschiedene Arten auf die Gesellschaft einwirken.¹³ Diese lassen sich danach unterscheiden, welche Erfolgsaussichten die Erreichung der politischen Ziele haben.

Terrorismus als Druckmittel

Unter der Bedingung, dass durch die Handlungen realistische und verhandelbare politische Anliegen verfolgt werden, dient der Terror in der Bevölkerung als Druckmittel in politischen Aushandlungsprozessen. Hier gilt es, genau wie mit friedlicheren politischen Akteur*innen, das Gespräch zu suchen und möglichst zu einer politischen Lösung des Konflikts zu kommen.¹⁴ Wenn mit Terrorismus eine rationale Strategie verfolgt wird, dann können in jedem politischen Raum Bedingungen entstehen, unter denen Individuen oder Gruppen es für sinnvoll erachten, Terrorismus für ihre Zwecke zu nutzen, weil andere Formen des Widerstandes erfolglos bleiben. Wer behauptet, dass Verhandlungen oder auch nur Gespräche mit (militanten) Gruppen unnütz seien, bewirkt durch diesen Ausschluss von der politischen Meinungsbildung, dass diese Menschen noch eher auf die Strategie des Terrorismus zurückzugreifen.¹⁵ Allerdings greifen terroristische Gruppen unter den richtigen Umständen auch wieder auf friedlichere Methoden der politischen Einflussnahme zurück.¹⁶ Und diese Umstände lassen sich vor allem durch ernsthafte politische Gespräche herbeiführen.

Außerdem können terroristische Handlungen langfristig verhindert werden, indem die gesellschaftlichen Bedingungen für die Individuen, die unter Umständen bereit wären, terroristische Handlungen zu begehen, dergestalt verändert werden, dass sie andere Möglichkeiten erhalten, friedlich für ihre politischen Anliegen zu kämpfen. So

kann der konkreten terroristischen Erscheinungsform oftmals durch die Beteiligung am politischen Prozess oder die Bekämpfung von sozialen Ungleichheiten das politische Ziel genommen werden. Wenn Terrorismus tatsächlich rationalen Regeln folgt, nimmt auch die Gewalt ab, wenn das politische Ziel durch Kompromisse weggefallen ist. Dies erscheint die deutlich bessere Alternative zu den bisherigen staatlichen Reaktionen zu sein. Denn diese bewirken zumindest mittelbar, dass ein Teufelskreis aus Gewalt- und Repressionserfahrungen zu immer gewalttätigeren Eskalationen und mehr Unsicherheit führt.¹⁷

Terrorismus als „Einladung zur Selbsterstörung“

Nun ist es aber auch nicht unwahrscheinlich, dass aus der Perspektive der Gesellschaft unverhandelbare politische Ziele vorliegen, zum Beispiel, weil diese mit ihren fundamentalen Grundwerten unvereinbar sind. Dann kann das terroristische Kalkül nur aufgehen, wenn eine hinreichende Anzahl an militärischen Kämpfer*innen mobilisiert wird, sodass es möglich erscheint, zu einem späteren Zeitpunkt eine tatsächliche (bürger-)kriegerische Auseinandersetzung zu gewinnen. Diese Wirkweise des Terrorismus kann man als „Einladung zur Selbsterstörung“¹⁸ bezeichnen.

Denn im realistischen Bewusstsein ihrer mangelnden militärischen Schlagkraft zielen die einzelnen Aktionen von Terrorist*innen gar nicht unmittelbar darauf ab, die Macht zu übernehmen, sondern allein darauf den Staat zu provozieren. Dies geschieht, indem Terror in der Bevölkerung hervorgerufen wird, der die staatlichen Entscheidungsträger*innen zu unüberlegten und unverhältnismäßigen Reaktionen reizen soll, die dann mittelbar den Terrorist*innen in die Hände spielen.¹⁹ Denn von ihnen sind oft solche Personen besonders betroffen, die sich in einem ähnlichen sozialen oder geographischen Umfeld wie Terrorist*innen bewegen. Durch diese staatlichen Beeinträchtigungen und Vorverurteilungen kann sich die Gruppe der Menschen, die das politische Anliegen der Terrorist*innen unterstützen, umso mehr vergrößern.²⁰ Damit stärkt der auf terroristische Provokationen unbesonnen reagierende Staat diejenigen, die seine politischen Interessen nicht teilen, vergrämt dabei aber auch seine liberalen Verfechter*innen: Denn diese sehen die Bedrohung gerade in einem unberechenbaren und ungerechten Staat und distanzieren sich von ihm.²¹ Daher stellen viele Gegenmaßnahmen im Sicherheitsbereich eher problematische „Terrorismusstärkungsmaßnahmen“ dar.

Widerstand durch wohlüberlegtes Nichtstun

Die Werte einer Gemeinschaft, wie Gleichberechtigung oder individuelle Freiheiten, werden im öffentlichen Bereich maßgeblich durch den Rechtsstaat gesichert. Nur die Menschen in der jeweiligen Gesellschaft selbst können tatsächlich an diesen Werten rütteln, indem sie den Rechtsstaat aus Angst vor dem Terrorismus Schritt für Schritt aushöhlen.²² Stattdessen muss der Staat und die von terroristischen Handlung betroffene Bevölkerung den Provokationen widerstehen. Das heißt, dass die Bevölkerung gezwungen ist, die Gefahr und die Durchführung von Anschlägen hinzunehmen, ohne den Terror zu vermehren, den die Terrorist*innen gerade auslösen und verstärken wollen.²³ Auch der Staat sollte den Rechtsstaat nicht durch panischen Reaktionismus gefährden, sondern sollte stattdessen auf langfristig wirksame Gegenmaßnahmen setzen, die in ein politisches Gesamtkonzept integriert sind.²⁴

Denn wenn Staaten anstatt auf Repression auf Versöhnung setzen, stärken sie das Vertrauen in den Staat und seine Widerstandsfähigkeit.²⁵ Wie der frühere norwegische Premierminister Jens Stolten-

berg, der auf die rechtsterroristischen Anschläge von Oslo und Utøya von 2011 nicht mit Aktionismus, sondern mit Umsicht reagierte: „Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“²⁶

Paul König studiert Jura in Freiburg.

Weiterführende Literatur:

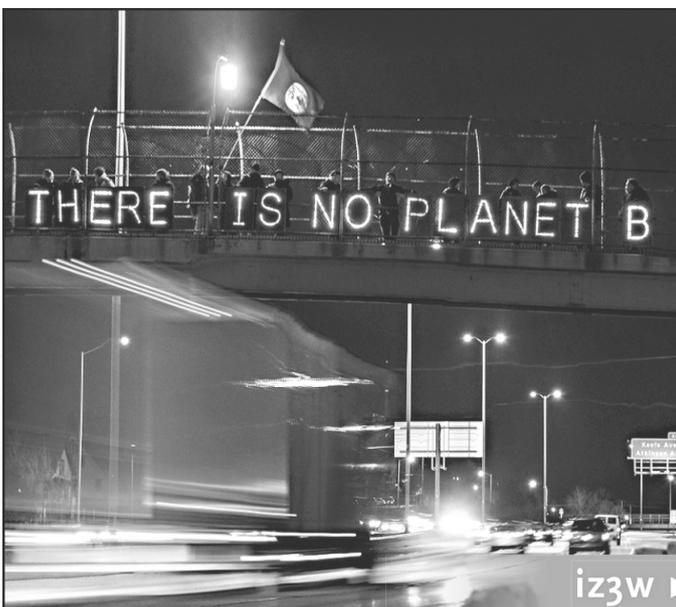
Katrin Gierhake, Der Zusammenhang von Freiheit, Sicherheit und Strafe im Recht: Eine Untersuchung zu den Grundlagen und Kriterien legitimer Terrorismusprävention, 2013.

Veith Selk, Angstpolitik: Terrorismus als politische Strategie. Dis|kurs 7 (2011), 10–35.

Lea Fauth, Kamel Daoudi, Leben unter Verdacht. Deutschlandfunk: Das Feature, https://www.deutschlandfunkkultur.de/terrorismus-kamel-daoudi-leben-unter-verdacht.3720.de.html?dram:article_id=433801 (Stand: 31.01.2019).

- ¹⁰ Amnesty International, France: Punished without trial - the use of administrative control measures in the context of counter-terrorism in France, 22.11.2018, 32 ff.
- ¹¹ Mario Petri, Terrorismus und Staat, 2007, 27.
- ¹² Jürgen Habermas, Die Rekonstruktion des Terrorismusbegriffs, in: Giovanna Borradori (Hrsg.), Philosophy in a time of terror, 2009, 49 ff. (59).
- ¹³ Differenzierung nach Veith Selk (Fn. 1), 34.
- ¹⁴ Anna Mühlhausen, No talks?, Aus Politik und Zeitgeschichte, 2016, 46 ff.
- ¹⁵ Noam Chomsky, Über den „Krieg gegen den Terrorismus“, in: Ronald Thoden (Hrsg.), Terror und Staat, 2004, 97 f.
- ¹⁶ So auch Christopher Daase, Terrorismus als asymmetrische Gewaltstrategie, in: Kurt Graulich / Dieter Simon (Hrsg.), Terrorismus und Rechtsstaatlichkeit, 2007, 91 ff. (95).
- ¹⁷ Martha Crenshaw Hutchinson, The Concept of Revolutionary Terrorism, The Journal of Conflict Resolution, 1972, 383 ff. (394).
- ¹⁸ Christopher Daase (Fn. 16), 96.
- ¹⁹ Mit Bezug zur RAF Wolf Dombrowsky, Terrorismus und die Verteidigung des Zivilen, Aus Politik und Zeitgeschichte, 2004, 33 ff. (34).
- ²⁰ Tomis Kapitan, The Terrorism of „Terrorism“, in: James Sterba (Hrsg.), Terrorism and international justice, 2003, 47 ff. (53).
- ²¹ Jennifer S. Holmes, Terrorism and democratic stability, 2006, 192.
- ²² Wolf Dombrowsky, Terrorismus und die Verteidigung des Zivilen, Aus Politik und Zeitgeschichte, 2004, 33 ff. (36).
- ²³ Herfried Münkler, Die Strategie des Terrorismus und die Abwehrmöglichkeiten des demokratischen Rechtsstaats, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Berichte und Abhandlungen, 2006, 101 ff. (111).
- ²⁴ Ausführlich Tore Bjørge, Preventing Crime, 2016, 193ff.
- ²⁵ Jennifer S. Holmes, Terrorism and democratic stability, 2006, 192, 197.
- ²⁶ Vgl. Michael Schlieben, Norwegens Art, die Freiheit zu verteidigen. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2011-07/stoltenberg-norwegen-attentat> (Stand: 31.01.2019).

Anzeige



iz3w ◀

**Klimawandel –
»Bitte wenden Sie jetzt«**

Außerdem: Afrophone Sounds |
Türkischer Neo-Osmanismus |
Backlash in Brasilien

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd